

Prävention statt Repression – Veränderung in der Thüringer Drogenpolitik

Der Gebrauch und die Verbreitung illegalisierter Rauschmittel hat in den letzten Jahren innerhalb Thüringens einen Umfang erreicht, der uns auf diesem Gebiet dem Stand der alten Bundesländer angleicht. Gerade mit Blick auf Substanzen wie Amphetamine oder Heroin sehen wir wachsende Probleme.

Andererseits warnen wir auch vor einer undifferenzierten Hysterie, bei der Angst, Verunsicherung und Polemik den Ton angeben und die letztlich einem sachgemäßen Handeln entgegensteht.

Der Thüringer Versuch, durch Härte und Repression die Entstehung von Drogenszenen zu verhindern, ist gescheitert. Der Gebrauch von Drogen, seien sie legal oder illegal, gehört zu den Realitäten unserer Gesellschaft und wir müssen lernen, damit umzugehen. Gerade im Bereich Jugendarbeit müssen wir uns mit diesem, oft als Provokation empfundenen Phänomen auseinandersetzen. Dabei sollten wir uns vor schnellen Lösungsvorschlägen und einfachen Antworten hüten.

In der Öffentlichkeit und Politik wird illegaler Drogengebrauch vor allem der Zuständigkeit von Polizei und Justiz zugeordnet. Wir sehen darin eine Gefahr; denn Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung haben bisher die bestehenden Probleme eher noch verschärft. Dies ist weder im Interesse der Betroffenen noch im Interesse der öffentlichen Sicherheit.

Deshalb regen wir für Thüringen an:

- ❖ Drogenpolitik soll sich an Gesundheit, Lebensqualität und sozialer Integration orientieren. Drogenpolitische Entscheidungen sollen sich am konkreten Wohl des einzelnen Menschen messen lassen und müssen immer wieder überprüft werden.
- ❖ Prävention soll lebensweltnah, pädagogisch kompetent und inhaltlich sachlich erfolgen. Ein Klima der Abschreckung und Überwachung ist dabei schädlich, denn es erzeugt Angst und verhindert eigenverantwortliche Entscheidungen.
- ❖ Die Verhältnismäßigkeit der Mittel soll gewahrt bleiben. Verdachtsunabhängige Drogenkontrollen an Schulen widersprechen nicht nur der Grundlage jeglicher ernstgemeinter Prävention; sie schaffen auch eine Atmosphäre von Misstrauen und Denunziation. Dies ist eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig. Repressive Maßnahmen sind keine Lösung für die Drogenprobleme an Thüringer Schulen. Gleiches gilt in besonderem Maße für den berichteten Versuch, Schüler zu „Spitzeldiensten“ an Mitschülern schriftlich zu verpflichten.
- ❖ Hilfsangebote müssen verbessert und die Angebotspalette deutlich verbreitert werden. Dies betrifft Streetwork, Anlauf- und Kontaktstellen, Überlebenshilfen und Therapieangebote speziell für Jugendliche.
- ❖ Drogengebrauchende Menschen sind weder unsere Gegner noch unsere Objekte; sie sind und bleiben unsere Partner. Wir sollten ihre Eigenverantwortung und soziale Kompetenz stärken und sie in die Diskussion über drogenpolitische Entscheidungen einbeziehen.

Gerade weil Drogen Risiken und Gefahren mit sich bringen, wollen wir sie nicht undurchschaubar in einem Nebel von Illegalität und Verdrängung belassen. Wir wollen offensiv und offen mit drogengebrauchenden Menschen arbeiten. Gestalten wir dafür auch einen entsprechenden Rahmen.